

Laienreanimation

Lehrkräfte für Unterricht an Schulen fortgebildet

Rund 200 Lehrerinnen und Lehrer haben sich Ende September im Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft in den Grundlagen der Laienreanimation fortgebildet. In praktischen Übungen trainierten die Teilnehmer den Ablauf nach dem Prinzip „Prüfen, Rufen, Drücken“. Als Multiplikatoren sollen die Lehrkräfte das Wissen anschließend an ihre Schulen tragen und ihre Schüler sicher an lebensrettende Sofortmaßnahmen heranzuführen.

„Der Ärzteschaft ist es eine Herzensangelegenheit, das Wissen um die Techniken der Laienreanimation flächendeckend in der Bevölkerung zu etablieren“, erklärte Dr. Sven Dreyer, Präsident der Ärztekammer Nordrhein. Die Ärzteschaft habe sich seit Jahren für die Verankerung des Themas an Schulen eingesetzt. NRW-Schulministerin Dorothee Feller betonte bei der Fortbildung, Nordrhein-Westfalen sei eines der ersten Bundesländer, in denen Reanimationsunterricht verpflichtend im Unterricht verankert wurde. Mit dem Unterricht könnten Schülerinnen und Schüler zudem für Schulsanitätsdienste und ehrenamtliches Engagement in Hilfsorganisationen gewonnen werden. Seit dem Schuljahr 2026/27 ist Laienreanimation fester Bestandteil des Lehrplans der Sekundarstufe I. Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 sollen mindestens einmal im Rahmen einer Doppelstunde Reanimations-

unterricht erhalten. Ziel ist, dass sie einen Herz-Kreislaufstillstand erkennen, den Notruf absetzen und unmittelbar lebensrettende Maßnahmen einleiten können. *MST*



Diskutierten darüber, wie Laienreanimation an den Schulen umgesetzt werden kann und wie Schülerinnen und Schüler die notwendigen Handgriffe für den Notfall erlernen können: Johannes-Elmar Kugel, Leiter der Geschäftsstelle Reanimation der Bezirksregierung Köln, NRW-Schulministerin Dorothee Feller, Dr. Sven Dreyer, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, und Professorin Dr. Antje Gottschalk, Chefärztin der Klinik für Anästhesiologie, Intensivmedizin und Schmerztherapie am Florence-Nightingale-Krankenhaus in Düsseldorf (v. l. n. r.)

Herzinsuffizienz

Regional ungleiche Verteilung

Menschen in sozioökonomisch am stärksten benachteiligten Regionen Deutschlands sind mit 6,8 Prozent deutlich häufiger von einer Herzinsuffizienz betroffen als Menschen in Regionen mit günstigen sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (4,4 Prozent). Dies zeigt die aktuelle Auswertung von Gesundheitsdaten aus dem Jahr 2024 durch das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO). Auch nach Berücksichtigung von regionalen Alters- und Geschlechtsunterschieden bleibe dieser Zusammenhang bestehen, heißt es im „Gesundheitsatlas Deutschland“ des WIdO. Neben sozialen Faktoren wiesen die

Analysen auf deutliche Zusammenhänge hin zwischen der Häufigkeit von Herzinsuffizienz und vermeidbaren Risikofaktoren wie Rauchen, Bluthochdruck und Typ-2-Diabetes. Dies zeige den Wert gesundheitlicher Prävention und gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen zur Vermeidung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auffällig sind die Unterschiede bei der Prävalenz der Herzinsuffizienz im Ost-West-Vergleich. Den höchsten Herzinsuffizienzanteil verzeichnet Sachsen-Anhalt (8,9 Prozent), gefolgt von Thüringen (8,5 Prozent) und Sachsen (7,9 Prozent). In Nordrhein-Westfalen liegt dieser Anteil bei 5,3 Prozent. *tg*

Hospizdienste

Zunahme bei den Ehrenamtlern

Die Zahl der ehrenamtlichen Begleitpersonen in der ambulanten Hospizarbeit hat sich in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr um rund 400 auf mittlerweile 13.218 Ehrenamtliche im Jahr 2026 erhöht. Die Hospizdienste und ihre ehrenamtlichen Mitarbeitenden stellen damit die flächendeckenden Angebote für häusliche Sterbegleitung sicher, teilt die vdek-Landesvertretung NRW mit. Die gesetzlichen Krankenkassen fördern die 235 ambulanten Hospizdienste im Jahr 2026 in NRW mit mehr als 36 Millionen Euro. Mit diesem Geld werden in erster Linie die hauptamtlichen Mitarbeitenden sowie die Sachkosten finanziert. *tg*

Pflegfachkräfte

Mit Einkommen zufrieden

Rund zwei Drittel der Pflegefachpersonen in Nordrhein-Westfalen (NRW) bewerten ihr Einkommen positiv. Dies geht aus einer Befragung von 2.880 in NRW tätigen Pflegefachpersonen hervor, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Pflegekammern NRW und Rheinland-Pfalz. 64 Prozent der Befragten gaben an, mit ihrer Bezahlung zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. „Die Entwicklung geht in die richtige Richtung“, sagte dazu Sandra Postel, Präsidentin der Pflegekammer NRW. Eine faire Vergütung löse aber nicht die Probleme, denen die Pflegefachkräfte im Berufsalltag oft begegneten, insbesondere durch die Übernahme von Aufgaben, die sie von ihrer eigentlichen Kernaufgabe abhielten. *tg*